

**Antrag 131/I/2020****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Warnhinweise für Reisen in Staaten, in denen Homosexualität unter Strafe steht**

1 Die SPD-Fraktionen in den Landtagen, Bürgerschaften,  
 2 oder Abgeordnetenhäusern und die SPD-Fraktion im Bun-  
 3 destag, sowie die Mitglieder in den Landesregierungen  
 4 und in der Bundesregierung werden aufgefordert Wer-  
 5 bung für Reisen in Staaten oder Regionen bei denen Reise  
 6 und Sicherheitshinweise des Außenministeriums für LG-  
 7 BTIQ oder Frauen bestehen in den Bundesländern und in  
 8 Deutschland mit einem Warnhinweis zu versehen.

9

10 Der Warnhinweis erstreckt sich über mindestens ein Drit-  
 11 tel der Werbefläche oder Werbedauer und nennt die kon-  
 12 kreten Gefahren.

13

14 Derartige Werbung wird auf Werbeflächen oder in Medi-  
 15 en, die einem Bundesland bzw. dem deutschen Staat ge-  
 16 hören oder auf die sie Einfluss z. B. über Konzessionen aus-  
 17 üben gänzlich verboten.

18

**Begründung**

20 Bei Urlaub steht Spaß, Erholung, und Erleben auf der Ta-  
 21 gesordnung. Doch viele vermeintliche Urlaubsparadiese  
 22 können gefährliche oder tödliche Reiseziele darstellen.

23

24 So stehen in 78 Staaten der Vereinten Nationen homo-  
 25 sexuelle Handlungen unter Strafe. Die Strafen erstrecken  
 26 sich von Einschränkungen der Meinungsfreiheit über Gef-  
 27 ängnisstrafen und Körperstrafen bis zur Todesstrafe. Dar-  
 28 unter befinden beliebte Reiseziele, wie die Malediven, Ja-  
 29 maika, Russland oder die Vereinigten Arabischen Emira-  
 30 te. Neben staatlicher Verfolgung sind nicht heterosexuelle  
 31 Menschen auch anderen Formen von Diskriminierung und  
 32 Verfolgung ausgesetzt. Neben queeren Menschen werden  
 33 auch Frauen in vielen Ländern unterdrückt oder gefähr-  
 34 det. Beispielsweise ist in Mexiko die Gewalt gegen Frauen  
 35 sprunghaft angestiegen. Morde, Entführungen und Über-  
 36 griffe gegen Frauen sind auch in den Touristenregionen  
 37 des Landes traurige Realität.

38

39 Vielen Reisenden sind sich der konkreten Gefahren oft gar  
 40 nicht bewusst. Selten werden die Reise und Sicherheits-  
 41 hinweise des Außenministeriums besucht. Deswegen soll  
 42 ein Teil der Werbefläche dazu genutzt werden, um auf die  
 43 Risiken hinzuweisen. Die Bundesländer bzw. der deutsche  
 44 Staat werden den Tourismus von queer- und frauenfeind-  
 45 lichen Ländern nicht unterstützen. Auf Werbeflächen in  
 46 ihrem Einflussbereich ist für sie kein Platz. Hiermit folgen  
 47 wir dem Beispiel von London im letzten Jahr und setzen

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****LPT I-2020 - Überweisen an FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, FA II - EU-Angelegenheiten****Stellungnahme des Fachausschusses Europa (II) zu den Anträgen:**

- 140/I/2020 Warnhinweise für Reisen in queer- und frauenfeindliche Staaten und Regionen
- 131/I/2020 Warnhinweise für Reisen in queer- und frauenfeindliche Staaten und Regionen

**Vorschlag für die geänderte Fassung:****Warnhinweise für Reisen in Staaten, in denen Homosexualität unter Strafe steht**

Die SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-Landtagsfraktionen und die Landesregierungen mit sozialdemokratischer Beteiligung werden aufgefordert, sich für rechtliche Grenzen für die Bewerbung von Reisen in Staaten oder Regionen einzusetzen, in denen homosexuelle Handlungen oder sogenannte „Homo-Propaganda“ unter Strafe stehen.

Auf Werbeflächen im Eigentum der öffentlichen Hand oder auf Werbeflächen, auf die die öffentliche Hand Einfluss hat, soll nach dem Vorbild der Londoner Verkehrsgesellschaft TfL solche Werbung vollständig verboten werden. Auf Werbeflächen in privater Hand soll Werbung mit einem Warnhinweis versehen sein müssen, der mindestens ein Drittel der Werbefläche oder Werbedauer einnimmt und die konkreten Gefahren für queere Menschen benennt.

Ziel unserer Politik muss es sein, einen Beitrag dazu zu leisten, dass Homosexualität auf der ganzen Welt entkriminalisiert wird und queere Menschen ihre Identität frei leben können. Wir unterstützen hierzu einen zivilgesellschaftlichen Dialog und LGBTI-Aktivist\*innen vor Ort.

48 ein klares Zeichen gegen Diskriminierung!